

Juli 2023

Gipfelbericht

Europabüro Brüssel

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG
Europe



NATO-Summit in Vilnius

Ein weiteres neues Kapitel für die Allianz?

11. – 12. Juli 2023

Von Dr. Hardy Ostry und Lukas Wick

Am 11. und 12. Juli 2023 kamen die Staats- und Regierungschefs, der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission sowie der Regierungschef Schwedens zum NATO-Gipfel in Vilnius, Litauen zusammen. Dabei standen einige wichtige Punkte auf der Agenda. Unter anderem stand bis kurz vor Beginn des Gipfels nicht fest, ob die Türkei ihre Blockade zum Beitritt Schwedens aufgeben würde. Darüber hinaus hoffte die Ukraine auf einen klaren Zeitrahmen zum Beitritt in das Bündnis, um damit womöglich auch etwaige Sicherheitsgarantien zu erhalten. Zur Debatte standen zudem neue Hilfen für die Ukraine sowie die Frage, wie dem Land in der Zeit nach dem Krieg geholfen werden kann, wenn es um den Wiederaufbau des Verteidigungssektors geht.

Der Gipfel sollte sich außerdem mit einer neuen Sicherheitslage in der Arktis befassen, die Volksrepublik China auf einer Skala von Systemrivale bis Partner einordnen und neue Bedrohungen identifizieren. Russland und Terrorismus wurden hierbei als die beiden größten Bedrohungen für das Bündnis definiert. Abschließend fand ein Treffen der NATO mit den Vertretern der indo-pazifischen Partner und der EU im Zeichen der überregionalen Kooperation des Bündnisses statt.

Hintergrund:

Ein wenig mehr als ein Jahr nach dem letzten NATO-Summit in Madrid sollten die Alliierten diesmal in Vilnius zusammenkommen, um die letzten 12 Monate zu analysieren und die Zukunft der Allianz zu besprechen. Dabei trafen die Staats- und Regierungschefs sowie die beiden EU-Vertreter aus Kommission und Rat auf eine volle Agenda. Nach fast 18 Monaten des Krieges in der Ukraine wurden zentrale Punkte der Tagesordnung vom Krieg in Osteuropa bestimmt. Die NATO-Führungskräfte werden sich daher mit Fragen zur langfristigen Bewältigung der Folgen des Konflikts und zur Stärkung der Position der NATO in der baltischen Region auseinandersetzen.

Ein zentrales Thema ist die Zustimmung zu einem umfassenden "Ukraine-Paket", das die Einrichtung des NATO-Ukraine-Rates (NUC) umfasst. Alle Mitglieder, einschließlich der Ukraine, sollten gleichermaßen im NUC vertreten sein. Der Gipfel wird behandeln auch das umfassende Unterstützungspaket (CAP), das freiwillige Beiträge der NATO-Mitglieder und -Partner zur nicht-tödlichen Hilfe für die Ukraine umfasst. Doch damit nicht genug: Im Vorfeld des Gipfels - auch schon in den Wochen davor - wurde vor allem diskutiert, was die NATO der Ukraine überhaupt anbieten könne, um sie nachhaltig kurz- sowie langfristig zu unterstützen. Während die Ukraine den Wunsch geäußert hatte, NATO-Mitglied zu werden, gehen die Meinungen innerhalb der NATO hierzu auseinander. Faktisch haben sich hier drei Kerngruppen in der NATO gebildet. Gruppe eins ist der "Ost-Club", bestehend aus den baltischen Staaten, Polen, Tschechien oder auch der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Diese befürworten einen ukrainischen "Weg zur NATO", der die Kontrolle bei den politischen Entscheidungsträgern belässt und keine strengen Bedingungen für die Ukraine vorsieht. Die zweite Gruppe besteht aus den USA und Deutschland, die konkrete Zusagen vermeiden und einen strengen Rahmen für den Beitrittsprozess der Ukraine bevorzugen. In der Zwischenzeit bringt diese Gruppe vor allem immer wieder alternative "Sicherheitsgarantien" ins Spiel.

Die USA haben im Vorfeld des Gipfels sehr deutlich gemacht, dass selbst ein Waffenstillstand mit Russland nicht ausreichen würde, um die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Letztlich müsse der Krieg mit Russland ein für alle Mal enden, so Präsident Biden. Als Übergangslösung schlägt er nun das "Israel-Modell" vor. Das Modell zeichnet sich dadurch aus, dass auf Grundlage eines Waffenstillstands weiterhin Waffen in die Ukraine geliefert werden, sodass es in die Lage versetzt wird, sich allzeit selbst verteidigen zu können. Aus amerikanischer Sicht bedeutet dies vor allem zweierlei: Erstens wird die finanzielle Unterstützung - zumindest im Falle Israels - größtenteils darauf verwendet, amerikanische Waffen zu kaufen, ein indirektes Subventionsprogramm, und zweitens werden die USA hierdurch weiterhin großen Einfluss in der Region behalten. Ein nicht zu unterschätzender Fakt des Israel-Modells ist das "Qualitative Edge" genannte(?) Abkommen, nach dem die USA sicherstellt, dass Israel stets einen qualitativen Vorsprung in Sachen militärischer Ausrüstung haben wird, wenn man es denn mit anderen Ländern in der Region vergleicht. Für die Ukraine sicherlich ein angenehmer Gedanke. Kurz vor Beginn des Gipfels gingen diese Gedanken dann auch in die Umsetzung. Frankreich, Deutschland, Großbritannien und die USA verhandelten intensiv über den oben beschriebenen Schutzschirm, der es Unterstützern in unterschiedlichen Formaten erlauben würde, der Ukraine auch weiterhin in allen Formen beizustehen. Dies würde vor allem der dritten Gruppe in der NATO die Möglichkeit für einen Mittelweg aufzeigen. Diese besteht aus den übrig gebliebenen Alliierten, deren Meinung zum Umgang mit der Ukraine beständig variiert.

Eine Mitgliedschaft der Ukraine scheint damit erstmal vom Tisch. Ein anderes Land kann sich hingegen wieder stärkere Hoffnungen auf eine baldige Mitgliedschaft in der NATO machen. Während Nachbar Finnland bereits vor einigen Wochen aufgenommen wurde, hatte Schweden vor allem mit einem türkisch-ungarischen Veto zu kämpfen. Nur wenige Tage vor Beginn des Gipfels war nicht ganz klar, ob erneute bilaterale Verhandlungen zwischen der Türkei und Schweden sowie dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der seinen Vertrag um ein Jahr verlängert hatte, wirklich zu einem Erfolg führen würden. In einem ersten Gespräch am 06. Juli zeigte sich letzterer zwar zuversichtlich, jedoch wartete Präsident Erdogan direkt mit einer weiteren Forderung auf: Sein Land würde einem Beitritt Schwedens in die NATO nur dann zustimmen, wenn die EU ihre Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder aufnehmen würde. Zumindest müsse der Türkei ein klarer Weg in die EU aufgezeigt werden. Schließlich gab der Präsident seinen Widerstand gegen die Mitgliedschaft Schwedens aber auf. Bei einem Treffen am 10. Juli, einen Tag vor Beginn des Gipfels, einigten sich beide Lager, und die Türkei versprach, das Beitrittsprotokoll für Schweden schnellstmöglich dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorzulegen. Die Änderung der Position wurde durch die Bemühungen Schwedens um die Bekämpfung des Terrorismus, die Ausweitung der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und die Wiederaufnahme der Waffenexporte in die Türkei beeinflusst. Als Teil der Vereinbarung wird die NATO die neue Position eines "Sonderkoordinators für die Terrorismusbekämpfung" schaffen.

Darüber hinaus sollte sich der NATO-Gipfel auf weitere wichtige Themen konzentrieren. Dazu gehört die beschleunigte militärische Anpassung der NATO an die sich wandelnde Sicherheitslandschaft, einschließlich der Entwicklung neuer Verteidigungspläne und der Stärkung der Befehlsstruktur. Hierbei wurde auch das EU-Vorhaben zur Angleichung der Militärbestände und die gemeinsame Beschaffung diskutiert. Zudem stehen auch globale Sicherheitsherausforderungen auf der Agenda, insbesondere in Bezug auf China, sowie die Zusammenarbeit mit der EU und den Indo-Pazifik-Partnern der NATO. Im Hinblick auf die Ostflanke der NATO war eine Bewertung der umgesetzten Verteidigungs- und Abschreckungsmaßnahmen und der Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten gegen mögliche russische Aggressionen vorgesehen, verbunden mit einer qualitativen Einschätzung, welche Vorhaben des Strategischen Konzepts aus dem letztjährigen Gipfel in Madrid bereits umgesetzt wurden. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen für Litauen, darunter Russlands Exklave Kaliningrad und Chinas zwanghafte Handlungen in der Region, wurden führende politische Kräfte aus indo-pazifischen Ländern eingeladen, um über Zusammenarbeit in Bereichen wie wirtschaftlicher Zwang, maritime Sicherheit, Cyberbedrohungen und Desinformation zu diskutieren. Eine weitere Region, auf die diese Problematik ebenfalls zutrifft, ist die Arktis, wo ein zunehmender geopolitischer Wettbewerb zwischen dem Westen, Russland und China zu beobachten ist. Die NATO sollte daher auch ihre Sichtweise auf die Arktis und deren strategische Bedeutung für die kritische Infrastruktur, Verteidigung und Abschreckung diskutieren.

Entwicklung:

Gleich mit Beginn des NATO-Gipfels rückte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in das Rampenlicht. Sowohl einem Tweet als auch auf dem Telegram-Kanal des Präsidenten äußerte dieser, dass die NATO-Staaten eine Beitrittseinladung an die Ukraine bewusst im Unklaren ließen, worüber er sich sehr enttäuscht zeigte. Es sei absurd, dass die Ukraine nach der 2008 offiziell ausgesprochenen Perspektive noch immer keinen klaren Zeitplan für Beitrittsgespräche bzw. für eine Einladung erhalten habe, wenngleich sich in der Zwischenzeit deutlich gezeigt habe, dass solche "weichen" Zusagen keine Abschreckung für Putin und Russland darstellen. Nur eine konkrete Einladung zum Beitritt in die NATO könnte Russland final davon abhalten, diesen Krieg fortzusetzen oder weiter eskalieren zu lassen, so Selenskyj. Der Gipfel sei gewissermaßen die größte und womöglich auch letzte Chance der Ukraine auf ein stärkeres Engagement in der NATO. Der Präsident sei sich dieser Möglichkeit sehr bewusst und daher auch bereit, denjenigen auf die Füße zu treten, die sein Land bisher in nie dagewesener Form unterstützt haben. Die Hoffnung auf einen konkreten Zeitplan und letztlich auch auf eine Einladung in die NATO musste schnell einer allgemeinen Ernüchterung im Lager der Ukraine weichen. Die Alliierten beschlossen, dass die Ukraine erst dann beitreten könne, wenn sie alle nötigen Bedingungen erfüllt und alle Verbündeten zustimmen. Einen konkreten Zeitrahmen nannten sie hingegen nicht. Selenskyj entgegnete dieser Entscheidung mit Frustration und ließ verlauten, dass ihm zwar einleuchte, dass die Ukraine nicht im Kriegszustand beitreten könne, forderte jedoch gleichzeitig, dass ihr die Möglichkeit hierzu zeitnah nach Kriegsende gegeben werden sollte.

Immerhin einen Vorteil konnte die Ukraine sich im Zuge des Gipfels erarbeiten, wie Generalsekretär Stoltenberg verlauten ließ: Demnach haben sich die Alliierten dazu bereitklärt, den formellen Beitrittsaktionsplan zu streichen. Ein möglicher Beitritt soll somit nur noch eine, anstatt der üblichen zwei Stufen beinhalten. Dies spare Zeit, wenn die Ukraine formal für einen Beitritt bereit sei. Selenskyj wollte dies aber nicht allzu positiv aufnehmen und äußerte zunächst Sorge darüber, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine ohne konkreten Zeitplan zum Verhandlungsinstrument verkommen könnte. Demgegenüber unterstrichen die NATO-Mitglieder ihren Willen, die Zusammenarbeit mit der Ukraine schon jetzt deutlich auszubauen. Dafür wird die bestehende NATO-Ukraine-Kommission zu einem NATO-Ukraine-Rat aufgewertet. Dies soll es ermöglichen, auf Augenhöhe Schlüsselfragen der Sicherheit zu diskutieren und auch gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Die Kommission wurde vor allem eingerichtet, um Reformen zu diskutieren, die für einen späteren Beitritt zur westlichen Militärallianz notwendig sind. Der Rat tagte dann auch gleich zum ersten Mal am zweiten Tag des Gipfels. Selenskyj saß dort sodann gleichberechtigt mit den Staats- und Regierungschefs der 31 NATO-Staaten zusammen.

Die Alliierten stimmten einem Paket aus drei Elementen zu, das die Ukraine konkret näher an die NATO bringen soll. Hieraus geht ein über mehrere Jahre angelegtes Unterstützungspaket hervor, das den Übergang der ukrainischen Streitkräfte von Sowjet-Standards hin zu NATO-Standards beschleunigen soll. Auf diesem Weg soll der ukrainische Verteidigungssektor nach westlichen Standards neu aufgebaut werden. Eine Koalition aus 11 Nationen wird außerdem damit beginnen, ukrainische Piloten für den Umgang mit in den USA hergestellten F-16-Kampfflugzeugen auszubilden. Diese Schulung wird ab August in einer Einrichtung in Rumänien stattfinden.

Im Mai genehmigten die USA die Lieferung fortschrittlicher Kampfflugzeuge, darunter F-16, um die Gegenoffensive der Ukraine zur Rückeroberung der von Russland besetzten Gebieten zu unterstützen. Experten weisen jedoch darauf hin, dass die Ausbildung ukrainischer Piloten für die Bedienung westlicher Jets Zeit erfordern wird.

Neben einer möglichen Mitgliedschaft und der grundsätzlichen Unterstützung der Ukraine gab es dann doch auch einen Neuankömmling zu feiern. Schweden wird, sofern der Ratifizierungsprozess im türkischen Parlament abgeschlossen ist, der NATO als 32. Mitglied beitreten. Bereits im Vorfeld wurde diese Hürde beseitigt und der türkische Präsident Erdogan stimmte einer Aufnahme letztlich zu. Schwedens Regierungschef Kristersson nahm diese Nachricht aber noch nicht zum Anlass für größere Feierlichkeiten, die nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses folgen werden. Auf dem Gipfel wurden darüber hinaus weitere zukunftsweisende Entscheidungen getroffen, die die Widerstandsfähigkeit der Allianz verbessern sollen. Russland und Terrorismus wurden hierbei als die beiden größten Bedrohungen der Allianz definiert. Russland als jene klassisch lineare Bedrohung im unmittelbaren Umfeld der NATO, Terrorismus als größte hybride und asymmetrische Bedrohung, die den Wohlstand und die Freiheit der Alliierten bedrohen, so Generalsekretär Stoltenberg. Hierfür haben die Staats- und Regierungschefs sowie der Präsident des Europäischen Rates und die Präsidentin der Europäischen Kommission entsprechende Regionalpläne verabschiedet, die insgesamt 300.000 Truppen in permanenter Alarmbereitschaft halten werden und zusätzliche Luftunterstützung sowie maritimen Support versprechen. Dies geht Hand in Hand mit einem neuen Aktionsplan zur Steigerung und Beschleunigung der Produktion von Verteidigungsprodukten. Dadurch werden eine gemeinsame Beschaffung, eine beschleunigte Produktionskapazität und eine gesteigerte Interoperabilität gewährleistet. Die NATO reagiert damit unmittelbar auf den vor etwa zwei Wochen beschlossenen Plan der EU, der sich ganz ähnliche Ziele gesetzt hat, und öffnet damit auch für die Kooperation der NATO mit der EU ein neues Kapitel, um Doppelungen zu vermeiden und die Effizienz zu steigern. Finanziert werden soll dieses Vorhaben vor allem durch die bereits seit Jahren bestehende Vorgabe, dass die Alliierten mindestens zwei Prozent ihres BIP in Verteidigungsausgaben investieren. Die europäische Hälfte der NATO sowie Kanada haben im Laufe des Jahres 2023 bereits um 8,3 Prozent zugelegt, wenn es um Verteidigungsausgaben geht, und insgesamt elf Mitgliedstaaten erreichen schon jetzt das 2 Prozent-Ziel. Vor allem die letzte Gruppe soll dabei im Jahre 2024 noch deutlich anwachsen.

Eine Region, die auf dem Gipfel besonders in den Blickpunkt gerückt ist, ist die Arktis, die bisweilen als befriedete Zone ohne militärische Präsenz bekannt war. Russlands gesteigerte Präsenz in einer Vielzahl von Regionen, darunter einer gesteigerten Militärpräsenz in der Arktis, machen eine neue Herangehensweise notwendig. Vor allem Russlands Möglichkeiten die Fähigkeit der Alliierten hinsichtlich Nachschublinien und Navigationsfreiheit zu stören, stellen eine neue Herausforderung für die Allianz dar. Daher werden die Mitgliedstaaten auch weiterhin notwendige Maßnahmen in abgestimmten Plänen und Formaten ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Besonders notwendig erscheint dies vor dem Hintergrund, dass auch China plötzlich als Arktisanrainer auftritt und das Spielfeld damit gehörig durcheinanderwirbelt. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die NATO werden sich zukünftig als Mitspieler in der Arktis definieren und entsprechend handeln.

Chinas Ambitionen und politischen Entwicklungen stellen grundsätzlich eine Herausforderung für die Allianz, ihre Interessen, Sicherheit und Werte dar. Die Alliierten verdeutlichen zwar umgehend, dass sie offen für konstruktive Zusammenarbeit und den Aufbau gegenseitiger Transparenz seien, jedoch auch weiterhin mit Cyber-, Weltraum-, hybriden und anderen asymmetrischen Bedrohungen konfrontiert blieben, gegen die man sich verteidigen werde. Die Volksrepublik nutze eine breite Palette politischer, wirtschaftlicher und militärischer Instrumente, um ihre globale Präsenz und Machtausübung zu erweitern, während sie ihre Strategie, Absichten und militärische Aufrüstung undurchsichtig hält. Die bösartigen hybriden und Cyber-Operationen Chinas, ihre konfrontative Rhetorik und Desinformation richten sich gegen Alliierte und schädigen die Sicherheit des Bündnisses. Die VR China strebt danach, wichtige technologische und industrielle Sektoren, kritische Infrastruktur sowie strategische Materialien und Lieferketten zu kontrollieren. Sie nutzt ihren wirtschaftlichen Einfluss, um strategische Abhängigkeiten zu schaffen und ihren Einfluss zu stärken, und strebt danach, die regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben, einschließlich in den Bereichen Weltraum, Cyber und maritime Domänen. Die NATO werde auch weiterhin verantwortungsbewusst als Verbündete zusammenarbeiten, um den von China ausgehenden Herausforderungen zu begegnen und die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu garantieren. Man werde das gemeinsame Bewusstsein erhöhen, die Widerstandsfähigkeit und Bereitschaft stärken und sich vor den hybriden und koersiven Taktiken der Volksrepublik schützen. Die NATO werde immer für ihre gemeinsamen Werte und die regelbasierte internationale Ordnung eintreten.

Entsprechend hat auch die Bundesrepublik in Person von Außenministerin Baerbock verkündet, ihre nationale China-Strategie am Donnerstag vorzustellen. Diese wird darauf abzielen, Unternehmen dazu zu drängen, ihre Abhängigkeiten von Peking zu verringern. Die vom Bundeskabinett bereits angenommene und mit Spannung erwartete Positionierung der Bundesregierung wird offenlegen, wie sich die größte Volkswirtschaft Europas in Bezug auf China neu positionieren möchte, das wirtschaftlich bedeutend, aber zunehmend bestimmend ist. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erklärte, dass die Strategie ein Signal senden werde, dass Deutschland in seinem Umgang mit China nicht naiv sei.

Bereits vor dem Gipfel hatten die Vereinigten Staaten angekündigt, Streumunition an die Ukraine zu liefern. Während des Gipfels ließ die ukrainische Regierung verlauten, dass dies ein echter Game-Changer im Krieg mit Russland bedeuten werde. Mit einer Blindgängerrate von unter 3 Prozent ist die Ausrüstung aus US-Herstellung denen Russlands weit überlegen. Russland setzt bereits seit Kriegsbeginn Streumunition gegen Zivilisten ein. Mit einer Blindgängerrate von ca. 40% werden einige jedoch im Erdreich verweilen und zu einer echten Gefahr für nachfolgende Generationen. Die EU hat das Osloer Übereinkommen (2008) über das Verbot von Streumunition ratifiziert. Die Nutzung und der Verkauf der Munition ist daher in der EU verboten.

Deutschland und Frankreich haben darüber hinaus dennoch neue Waffenlieferungen an die Ukraine versprochen und eine Steigerung der bisherigen Lieferrate angekündigt. So sollen mehr Raketen jenes Typs geliefert werden, der für die Zerstörung zahlreicher russischer Munitionsdepots verwendet wurde. Außerdem stehen gepanzerte Fahrzeuge und Munition auf dem Lieferschein. Ein echter Wendepunkt auf Seiten des französischen Präsidenten ist aber seine neue Auffassung, dass der Ukraine auch Langstreckenraketen geliefert werden sollen. Angesichts der Lage in der Ukraine sei dies aber nun unausweichlich geworden. Experten erwarten hierbei eine Lieferung von SCALP-Raketen aus britisch-französischer Produktion.

Kommentar:

Angesichts der großen Erwartungen auf ukrainischer Seite im Vorfeld des Gipfels war nachzuvollziehen, dass Präsident Selenskyj zunächst mit Enttäuschung auf die Ergebnisse des Gipfels reagiert hat. Eine klare Beitrittsperspektive mit festem Zeitplan hätte dem Land, seiner Bevölkerung und Armee einen neuen Schub liefern können. Jedoch muss man auch klar festhalten, dass einmal mehr umfangreiche Lieferversprechen gemacht wurden, von denen die Ukraine immens profitieren wird. Dass ein klarer Zeitplan für eine Beitrittseinladung an die Ukraine keine Option für viele NATO-Alliierte gewesen ist - allen voran Deutschland und die USA - mag vor allem daran liegen, dass Russland in Reaktion auf eine solche Einladung noch einmal eine Eskalationsstufe hinaufklettert und den Krieg mitunter künstlich in die Länge zieht, wissend, dass genau das einen Beitritt als Ultima Ratio verzögern würde. Dieses Risiko schien zu groß gewesen zu sein, weshalb man letztlich noch nicht einmal Sicherheitsgarantien im Stile des Israel-Modells unterbreiten wollte. Stattdessen wird man die Ukraine auch weiterhin in ihrem Kampf um das eigene Territorium unterstützen und hat ihr für die Zeit danach umfassende Auf- und Umbauhilfen militärischer Natur versprochen. Sollten diese umgesetzt werden, wird die Ukraine auf militärische Standards des Westens erreichen und die Zeit der vorherrschenden Sowjet-Ausrüstung hinter sich lassen können. Trotz allem kann gesagt werden, dass die Unterstützung des Westens nach dem Vilnius-Gipfel vor allem ideologische Grenzen zu haben scheint. Während finanziell und materiell weiterhin alles Mögliche getan wird, um die Ukraine zu unterstützen, wird die rote Linie, wie 2008 schon, bei der Zugehörigkeit im Bündnis und bei Sicherheitsgarantien gezogen. Selenskyj zeigte sich zumindest über die weiteren Hilfen sehr dankbar und äußerte sich zufrieden über die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Vilnius. Zudem erhielt das Land feste Sicherheitsgarantien und die klare Perspektive eines NATO-Beitritts, so der Präsident. Selenskyj betonte, dass die Ukraine als gleichberechtigter Partner behandelt wurde und lobte Deutschland für seine Unterstützung bei der Bereitstellung von Luftabwehrsystemen. Er bedankte sich bei allen NATO-Ländern für ihre Hilfe im Kampf gegen den russischen Terror. Dies scheint zumindest deshalb bemerkenswert, wenn man sich an die Worte Selenskyjs vor dem NATO-Gipfel erinnert. Es scheint, als habe sich der Ratschlag des britischen Verteidigungsministers, Ben Wallace, auf ukrainischer Seite manifestiert. Wallace hatte Selenskyj geraten mehr Dankbarkeit und weniger Kritik gegenüber dem Westen zu äußern.

Dass sich die Türkei schließlich doch davon überzeugen ließ, der schwedischen Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr im Wege zu stehen, hat wohl nicht nur wundersame Gründe. Im Gegenteil Generalsekretär Stoltenberg hatte bereits im Vorfeld des Gipfels offensiv für Schweden geworben und fügte an, dass dieser andauernde Prozess nun endlich ein Ende finden müsse. Schweden habe die militärischen Kapazitäten, um der Allianz echte regionale Vorteile zu bescheren, da Stockholm n dazu in der Lage sei, die gesamte Verteidigung der Arktis-Nordischen-Baltischen Region als Einheit zu planen und einen ununterbrochenen Schutz von der Schwarzmeer- bis zur Ostseeregion zu bieten. Womöglich klang dies auch für den türkischen Präsidenten verlockend. Ohnehin scheint dieser seine Freundschaft mit dem russischen

Präsidenten ein Stück weit aufzugeben und sich gegen mögliche Vergeltungsmaßnahmen als auch anderweitige Konsequenzen abzusichern. So ließe sich zumindest die türkische Forderung an die EU (Mitgliedsprozess) und die NATO erklären - ein Schauspiel, das aus Ankara zuletzt nicht zu erwarten war. Erdogan könnte vor allem darüber besorgt sein, dass Russland das verminte ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja in irgendeiner Form manipulieren würde. Eine mögliche Beschädigung der Reaktoren und der damit verbundene Fallout könnte auch große Teile der Türkei betreffen. Ein Gedanke, der in Ankara nicht auf große Gegenliebe stoßen dürfte. Darüber hinaus hielten sich die USA auffällig stark aus dieser Einigung heraus, wobei Präsident Biden am Rande zusicherte, mit der Lieferung von F-16 Kampffjets an die Türkei "zu verfahren wie bisher angedacht". Ob er damit meint, dass einer Lieferung nun nichts mehr im Wege steht, oder ob sie weiterhin blockiert bleibt, ist offen. Erstere Variante würde zumindest das Einlenken des türkischen Präsidenten besser erklären.

Allgemein ist festzuhalten, dass die NATO als Bündnis weiterhin sehr geschlossen und nachdrücklich auftritt. Die Vorbereitung auf die nähere Zukunft durch weitere Verteidigungspakete sowie die Offenheit, auch andere potenzielle Konflikte zu antizipieren, spricht klar für die Stärke und die Bedeutung des Bündnisses. So hat man China als Rivalen und potenziellen Partner klar und deutlich eingeordnet sowie ein Stück weit ihm überlassen, wie das Bündnis auf weitere Handlungen reagieren soll. Die Grenzen sind jedenfalls klar abgesteckt. Auch in der Arktis beginnt die NATO nun erstmals Ansprüche anzumelden und dort auf internationales Recht zu pochen. Ob man dieses auch durchsetzen würde, bleibt, gemäß der Verteidigungsnatur des Bündnisses, fraglich.

Insgesamt haben es die Staats- und Regierungschefs geschafft, viele wichtige Themen zu beleuchten. Ein Communiqué mit 90 Punkten spricht hier Bände. Die NATO beweist damit einmal mehr unter Beweis gestellt, reagieren zu können, wenn es darauf ankommt. Die Bedeutung des Bündnisses ist damit nicht mehr wegzudiskutieren. Das abschließende Treffen der NATO mit den Vertretern der EU und den indopazifischen Partnern zeigt dies mehr als deutlich, auch in einer überregionalen Perspektive. Die NATO entschied sich jedoch dazu, zwar die Partnerschaft mit Japan zu intensivieren, aber kein Liaison Office in Tokyo zu eröffnen. Japan bleibe aber der wichtigste Partner der NATO in Asien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)